

FREIE BAUERN



Alles Bio oder was? / Zukunft ohne Kommission – FREIE BAUERN fordern Neuanfang vor der SPD-Zentrale / Legale Abhilfe gegen Ausbreitung der Wölfe / Abschaffung Nachbaugebühren und Moratorium gegen Gentechnik / Agrardialog: Forderungen der Landwirtschaft an den Koalitionsvertrag 2021-2025 / Tierwohlsteuer wäre unfair und unsozial / Düngeverordnung gehört auf den Prüfstand / Steuervorschläge des UBA / FREIE BAUERN zum Koalitionsvertrag / Gratulationsschreiben Cem Özdemir / Lebensmitteleinzelhandel muss sich entscheiden / Handel lässt Dialog scheitern / Monopole zerstören Wettbewerb und gefährden Versorgung / LSV und FREIE BAUERN vor Edeka in Wiefelstede: Bis Weihnachten kostendeckende Preise / Gesellschaftsvertrag in Niedersachsen / Ortsansässigkeit in Brandenburg / Herbsttreffen in der Prignitz / Einstweilige Verfügung Friedrich Ostendorff ...

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzenhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipflheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Antje Bree, Telefon 0173-6264951, antje.bree@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen:

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel
Landesreferentin für Niedersachsen:
Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Alles Bio oder was?

Liebe Berufskollegen,

wir wollen 30 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030 erreichen, so heißt es im Koalitionsvertrag. Eine Verdreifachung in nicht einmal zehn Jahren. Welche Nachfrage soll dieses massiv steigende Angebot aufnehmen, frage ich mich als Biobauer besorgt. Wachsende Abhängigkeit von staatlichen Subventionen könnte die Folge sein. Ganz unabhängig davon, ob solche Ziele agrarpolitisch sinnvoll oder praktisch durchführbar sind, beeinflussen sie die öffentliche Diskussion und veranlassen uns zu einer Standortbestimmung. Alles Bio oder was?



Mein persönliches Verhältnis zum Ökolandbau ist ambivalent. Ich habe auf konventionellen Betrieben gelernt, hatte aber immer Sympathien dafür. Als in der BSE-Hysterie die Bioverbände auf dem Elend der konventionellen Rinderhalter ihr Süppchen kochten, nahm ich mir fest vor, niemals „Bio“ zu machen. Dann ab 2003 der eigene Betrieb, 30 Rinder, 30 Hektar, 30 Bodenpunkte und 550 mm Jahresniederschlag – was lag da näher als ökologisch zu wirtschaften, auch wenn ich mich nicht zertifizieren ließ. Als 2013 der Fördersatz von 100 auf 200 Euro pro Hektar stieg, wurde ich schwach und mache seitdem „EU-Bio“. Mit den Bioverbänden bin ich bis heute nicht warm geworden.

Bei den FREIEN BAUERN bzw. vorher beim Bauernbund Brandenburg hat die konventionelle oder ökologische Wirtschaftsweise nie interessiert. Die agrarpolitische Trennlinie verlief zwischen Bauernhöfen und Kolchosen bzw. Agrarkonzernen. Weil bäuerliche Familienbetriebe in Generationen denken und ein Maximum an Privatinitiative auf überschaubare Einheiten konzentrieren, sind sie die ökonomisch leistungsfähigste und ökologisch nachhaltigste Agrarstruktur. Deshalb hat es bei uns auch nie Überheblichkeiten von Biobauern gegenüber konventionellen Kollegen gegeben. Und genau deshalb verärgert mich heute der Jubel in den sozialen Netzwerken, wenn mal wieder ein Göttinger Professor festgestellt hat, dass die konventionelle Landwirtschaft angeblich klimafreundlicher sei als der Ökolandbau. In einer von Schwarz-Weiß-Malerei geprägten öffentlichen Diskussion sind solche Reaktionen zwar verständlich, sie sind aber genauso unkollegial wie andersherum die Besserwisserei sonderbarer Öko-Heiliger.

Aus meiner Sicht stellt die regionale Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Lebensmitteln eine hohe ökologische Qualität dar, weil sie Transporte von Massengütern über weite Strecken überflüssig macht. Wenn wir FREIEN BAUERN die agrarpolitischen Rahmenbedingungen gestalten dürften, stünde dieser Versorgungsaspekt im Vordergrund und nicht das Ziel 30 Prozent Ökolandbau. Dennoch sollten wir nicht übersehen, dass ein starker Ökolandbau für den gesamten Berufsstand in der gegenwärtigen Situation nicht nur nachteilhaft ist, und zwar aus zwei Gründen:

1. Von allen staatlichen Initiativen, die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland zu verringern, um damit Spielräume für Industrieexport und Freihandel zu schaffen, ist der Ökolandbau noch die am wenigsten schädliche Form. Langfristiger Flächenverlust wie etwa durch Siedlung und Infrastruktur, Stilllegung, Vernässung oder Naturschutz wird vermieden, der Boden bleibt in guter Kultur und kann unter veränderten Rahmenbedingungen jederzeit wieder intensiver genutzt werden.
2. Angesichts der Bestrebungen großer Konzerne, die Landwirtschaft unter ihre ökonomische Kontrolle zu bringen mit möglichst einfachen technischen Systemen, deren Anwendung wiederum an die Konzerne gekoppelt ist, stellt der Ökolandbau für konventionelle Landwirte eine gute Rückversicherung

zu einer von solchen Verstrickungen deutlich unabhängigeren Wirtschaftsweise dar – daraus können durchaus positive Impulse entstehen wie in den letzten Jahren etwa in Form von neuen Techniken der mechanischen Unkrautbekämpfung, die inzwischen überall Anwendung finden.

Wenn durch den Koalitionsvertrag die Diskussion über Vor- und Nachteile des Ökolandbaus jetzt Fahrt aufnimmt, sollten wir aufpassen, dass diese unseren bäuerlichen Berufsstand nicht spaltet. Gut möglich, dass die gesellschaftliche Bewertung nach einem Jahr Mineraldüngerknappheit schon ganz anders aussieht. Die Voraussetzung für eine hochproduktive und zugleich nachhaltige Landwirtschaft im Einklang mit der Natur sind nämlich nicht irgendwelche Zertifikate, sondern viele fleißige Bäuerinnen und Bauern. Nicht „Bio“ oder konventionell ist daher unsere Botschaft, sondern: Bauernhöfe statt Agrarkonzerne!

Euer Reinhard Jung (Referent für Politik und Medien der FREIEN BAUERN)

Zukunft ohne Kommission: FREIE BAUERN fordern Neuanfang vor der SPD-Zentrale



(27.09.2021) Mitglieder der FREIEN BAUERN sind mit Traktoren und Transparenten vor der SPD-Parteizentrale vorgefahren, um Olaf Scholz zum Wahlsieg zu gratulieren und einen Neuanfang in der Agrarpolitik einzufordern. „Die von Merkel eingesetzte Zukunftskommission hat die Weichen falsch gestellt Richtung weiteres Höfesterben und weniger heimische Produktion“, sagte Organisator Christian Linne von der Landesvertretung der FREIEN BAUERN Niedersachsen. Eine neue Bundesregierung sollte diesen Abwärtstrend korrigieren und mit der bäuerlichen Protestbewegung über mehr Höfe und mehr Landwirtschaft verhandeln, wünscht sich der 48jährige Ackerbauer aus Sottmar im Braunschweiger Land.

Unter der Überschrift „Zukunft ohne Kommission“ haben die FREIEN BAUERN auf einem großen Transparent schlagwortartig aufgelistet, welche Entscheidungen aus ihrer Sicht in eine bessere Zukunft führen würden. Bauernhöfe statt Agrarkonzerne heißt es da und: Eigenverantwortung statt Bürokraten-Willkür, regionale Erzeugung statt Billigimporte, Marktwirtschaft statt Monopole sowie Kulturlandschaft statt Wildnis. „Wir können gern über Fehlentwicklungen sprechen wie den Ausverkauf ostdeutscher Großbetriebe an überregionale Investoren oder die unverhältnismäßige Tierhaltung in einigen Regionen Nord-

westdeutschlands“, räumt Linne ein, verlangt aber von einem neuen Bundeskanzler ein klares Bekenntnis zur heimischen Landwirtschaft: „Die übergroße Mehrheit unserer bäuerlichen Familienbetriebe wirtschaftet nachhaltig und verdient Vertrauen. Staatliche Gängelung muss ein Ende haben.“

An dem im Juli vorgestellten Abschlussbericht der Zukunftskommission kritisieren die FREIEN BAUERN vor allem, dass dieser der Landwirtschaft unterstellt, sie würde mehr schaden als nützen, und daraus die Forderung nach einer grundlegenden Umgestaltung ableitet. Linne: „Das ist völliger Unsinn, dann müssten noch mehr Höfe aufgeben, Industrielle kaufen die Flächen und die Lebensmittel kommen aus dem Ausland. Wir brauchen keine Zukunftskommission, sondern echte Zukunftsperspektiven für die junge Generation auf unseren Höfen.“

Am Morgen nach der Bundestagswahl sind wir am Willy-Brandt-Haus vorgefahren – als erster Stand unserer Gesellschaft wollten wir auch die Ersten sein, die Gesprächsbedarf anmelden. Gelingen konnte die Aktion nur, weil alle Beteiligten früh aufgestanden sind – allen voran Organisator Christian Linne (der es in seinem Potsdam-Urlaub nebenbei noch schaffte, Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Christian Lindner persönlich zu begegnen und die FREIEN BAUERN anzupreisen), Marco Hintze (der seine komplette Häckselkette einen Tag nach Berlin umleitete), Karl-Heinz Rathenow (der mit Veronika die Lage vor Ort auskundschaftete und für einen reibungslosen Ablauf sorgte), Lutz Wercham (an dessen Fendt mit dem FREIE-BAUERN-Logo alle schwarzen Limousinen auf dem Weg in die Tiefgarage vorbei mussten) und Frieda Simon, die unseren Auftritt in Berlin als Video in alle Welt verbreitet hat. Während Bauernverband und Nabu ein trauriger Eintracht an die verlogenen Kompromisse der Zukunftskommission erinnerten, haben wir in vielen politischen Gesprächen, zum Beispiel mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Gero Hocker oder mit der neu gewählten grünen Bundestagsabgeordneten Ophelia Nick (inzwischen Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium), selbstbewusst deutlich gemacht, dass Agrarpolitik einen Neuanfang und vor allem eine stärkere Berücksichtigung bäuerlicher Interessen braucht. Die Ampel war bereits als Option erkennbar, und wir wollten definitiv nicht, dass sich die Liberalen bei der Gentechnik durchsetzen oder die Grünen beim Wolf ...

FREIE BAUERN verlangen legale Abhilfe gegen die Ausbreitung der Wölfe

(14.10.2021) Die FREIEN BAUERN haben für die Koalitionsverhandlungen einen ehrlichen Umgang mit dem Thema Wolf angemahnt. „Wer erschrocken auf drei erschossene Jungwölfe im Landkreis Ludwigslust reagiert, hat jeden Bezug zur Realität verloren“, sagte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Seit Jahren werde der natürliche Populationszuwachs in Deutschland deutlich unterschritten, verweist der 49jährige Mutterkuhhalter aus dem brandenburgischen Krielow auf die amtliche Statistik: „Das heißt, die Population wächst weiter, aber genauso offensichtlich ist, dass Wölfe in Größenordnungen verschwinden. Illegale Tötungen scheinen zur Normalität geworden zu sein, weil die vom Staat allein gelassenen Weidetierhalter in ihrer Verzweiflung zur Selbsthilfe greifen. Wir brauchen endlich eine legale Bestandsregulierung wie für andere Wildtiere auch.“

Bei vielen Landwirten liegen die Nerven blank, nachdem wolfssichere Zäune und Herdenschutzhunde sich als untauglich erwiesen haben, um Wölfe von Übergriffen abzuhalten. „Wenn ein gefährliches Raubtier, das allein in der Europäischen Union mit mehr als 15.000 Exemplaren vorkommt, nach wie vor unter totalem Schutz steht, so ist das niemandem mehr zu vermitteln“, beklagt Hintze die Untätigkeit der letzten Bundesregierung. Wer auf seiner Weide wiederholt mit zerfetzten, bei lebendigem Leib ge-

fressenen Schafen, Kälbern oder Fohlen konfrontiert wurde und ausgebrochene, traumatisierte Tiere einfangen musste, stehe unter einem enormen psychischen Druck, berichtet Hintze und hält die polizeiliche Verfolgung der illegalen Wolfsstötungen für wenig aussichtsreich: „Kaum jemand weiß Genaueres darüber, aber fast alle haben Verständnis dafür.“

Die FREIEN BAUERN wünschen sich von der neuen Bundesregierung die Wiederherstellung eines vernünftigen Gleichgewichts zwischen den berechtigten Anliegen des Artenschutzes einerseits und der besonders artgerechten Weidetierhaltung andererseits. „Der maßlose Anspruch von WWF, BUND und Nabu sowie ihrer bürokratischen Helfershelfer, ganz Deutschland mit Wölfen zu besiedeln, ist bereits heute gescheitert, weil er auf dem Lande keine Akzeptanz findet“, argumentiert Hintze: „Wenn wir dem Beispiel der skandinavischen Staaten folgen, eine für Landwirtschaft und Landbevölkerung erträgliche Bestandsgröße festlegen und den jährlichen Populationszuwachs legal abschießen dürfen, hätte die Weidetierhaltung eine Perspektive, und auch die Wölfe müssten nicht ihre erneute Ausrottung befürchten.“

FREIE BAUERN wollen Nachbaugebühren abschaffen sowie ein Moratorium gegen neue Gentechnik

(17.10.2021) Die FREIEN BAUERN haben sich für eine grundlegende Reform des Sortenschutzes ausgesprochen und in diesem Zusammenhang ihre Ablehnung der neuen Gentechnik bekräftigt. „Das jahrhundertalte Recht des Landwirts, aus der eigenen Ernte Saatgut zu gewinnen und nachzubauen, muss vollumfänglich wieder hergestellt werden“, verlangt Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN für die neue Legislaturperiode. Gleichzeitig sollte es ein Moratorium gegen die Zulassung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen geben, damit die Landwirtschaft nicht in Abhängigkeit von wenigen Patentinhabern gerät, wünscht sich der 50jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Das Eigentum an Nutzpflanzen und Nutztieren ist ein Grundpfeiler unserer unternehmerischen Freiheit und darf keinesfalls weiter beschränkt werden.“

Mit Sorge beobachten die FREIEN BAUERN zunehmende Anstrengungen aus der Industrie und der mit ihr oftmals eng verbundenen Wissenschaft, die neue Methode der Genschere als technisches Allheilmittel darzustellen. Dass angeblich nur damit die Probleme des Klimawandels gelöst werden könnten, leuchtet Ehrenberg nicht ein: „Meines Wissens gibt es für alle Klimazonen angepasste leistungsstarke Sorten, die erfolgreichen Ackerbau ermöglichen.“ Auch die von einem Konsortium aus Pflanzenzuchtunternehmen angekündigte Entwicklung von pilztolerantem Weizen sieht Ehrenberg in diesem Kontext: „Das ist zwar alles noch Theorie, passt aber auf beängstigende Weise zusammen mit der gegenwärtigen staatlichen Praxis, ein bewährtes Pflanzenschutzmittel nach dem anderen vom Markt zu nehmen, angeblich aus Umweltgründen.“

Um so wichtiger ist es nach Auffassung der FREIEN BAUERN, dem Griff der Konzerne nach der Macht über das Saatgut jetzt eine Offensive für bäuerliche Saatgutfreiheit entgegenzusetzen. „Nach mehr als zwei Jahrzehnten Spionieren, Kontrollieren und Prozessieren durch die von den Pflanzenzuchtunternehmen betriebene Saatgut-Treuhand ist es an der Zeit, einen Schlusstrich zu ziehen und die Nachbaugebühren komplett abzuschaffen“, meint Ehrenberg. Auch wenn die Genetik nur ein Ertragsfaktor unter vielen sei, wolle er die Bedeutung von Zuchtarbeit nicht kleinreden, so Ehrenberg: „Aber wir müssen zu alternativen Formen der Finanzierung kommen. Pflanzenzüchtung nützt allen und ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“



*Auf diesem Foto sind mehr Mitglieder der FREIEN BAUERN als unsere beiden offiziellen Vertreter Fokko Schumann und Christian Linne (rechts im Bild) – trotzdem war es nicht die Liebe zueinander, die Aktive von LSV Deutschland, FREIE BAUERN, AbL, BDM, Milchboard und LSV Original am 14. Oktober auf dem Hof von Anthony Lee im niedersächsischen Möllenbeck zusammenbrachte. Eher das nüchterne Kalkül, dass der absehbare Bedeutungsverlust des Bauernverbandes in einer Ampel am ehesten im Sinne bäuerlicher Interessen kompensiert werden kann, wenn man mit einer Stimme spricht. Die über weite Strecken gute Zusammenarbeit im Agrardialog mit dem Lebensmitteleinzelhandel (siehe Seite 12) müsste sich auch auf politischer Ebene umsetzen lassen – so der **Plan von Möllenbeck**. Dass es im Anschluss an das Treffen tatsächlich zu einem konstruktiven Abstimmungsprozess kam, war genau so überraschend wie eine erstaunlich hohe Übereinstimmung in vielen Sachfragen. Am 27. Oktober jedenfalls, pünktlich zu der ersten Sitzung der Verhandlungsgruppe „Landwirtschaft und Ernährung“ haben die Agrardialog-Partner ihre Forderungen der Landwirtschaft an den Koalitionsvertrag 2021-2025 veröffentlicht – und aus den Koalitionsverhandlungen einige spontane Daumen hoch geerntet. „Der Kompromiss, den wir untereinander gefunden haben, sollte wegweisend für die Agrarpolitik der kommenden vier Jahre sein“, so Peter Guhl, der für die FREIEN BAUERN maßgeblich an dem Papier mitgewirkt hat.*

Forderungen der Landwirtschaft an den Koalitionsvertrag 2021 - 2025

Leitbild Unser Ziel ist eine von vielen ortsansässigen selbständigen Landwirten getragene Landwirtschaft. Das bedeutet Vielfalt an Betriebsgrößen und Produktionsrichtungen. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die den Wachstumsdruck beenden: Es muss sich wieder lohnen, neue Betriebe zu gründen und zu bewirtschaften. Es darf sich nicht mehr lohnen, Betriebe und Fläche nur als Geldanlage zu erwerben.

Agrarstruktur Ortsansässige selbständige Landwirte sollen im Bodenrecht und im Erbrecht privilegiert werden. Die EU-Direktzahlungen sollen auf Betriebe begrenzt werden, die ortsansässigen selbständigen Landwirten gehören. Der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen muss grundsätzlich der Grunderwerbssteuer unterliegen – Schlupflöcher für Investoren beim Erwerb von Gesellschaftsanteilen wollen wir schließen.

Wertschöpfung Wir wollen die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette verbessern durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung auf allen Lebensmitteln, durch Modernisierung der Lieferbeziehungen sowie durch Marktkriseninstrumente auf europäischer Ebene. Strukturen in Verarbeitung und Handel, die dem fairen Wettbewerb im Wege stehen, sollen entflochten werden.

Weltmarkt Wir wollen die Stabilität der regionalen Landwirtschaft gegen Versorgungsengpässe verbessern, indem wir dem Preisdruck durch Billigimporte entgegenwirken. Agrarprodukte dürfen nur dann Teil von Handelsabkommen werden, wenn sie zu unseren sozialen und ökologischen Standards produziert wurden. Die massenhafte Einfuhr insbesondere von Soja und Palmöl ist zu verringern.

Fläche Landwirtschaftliche Flächen sollen wirksam vor Versiegelung geschützt werden. Der naturschutzrechtliche Ausgleich muss auf bereits versiegelte Flächen gelenkt werden. Naturschutz wollen wir weniger in Flächenkonkurrenz zur Landwirtschaft voranbringen, sondern vor allem durch die Verdichtung des Biotopverbundes aus Gehölzstreifen und Wasserläufen in der Kulturlandschaft.

Tiere Tierhaltung ist ein wichtiger Bestandteil von landwirtschaftlichen Kreisläufen. Artgerechte Haltung und Fütterung aus eigener Produktion sind zu stärken. Wir wollen eine Größenbegrenzung für Stallanlagen, einen Tierseuchenschutz mit Augenmaß und wir wollen die Anzahl der Wölfe regulieren, damit die besonders umweltgerechte Weidetierhaltung wieder Perspektiven hat.

Auflagen Düngeverordnung und Pflanzenschutzanwendungsverordnung sollen evaluiert werden. Wir wollen die Ursachen von Verunreinigungen genauer identifizieren und gezielt abstellen statt die Landwirtschaft mit pauschalen Auflagen zu überziehen. Praxisnahe Lösungen und Bagatellgrenzen sollen verhindern, dass durch starre Anwendung des Ordnungsrechts kleine Betriebe zur Aufgabe gezwungen werden.

Genetik Damit Landwirtschaft ihre wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen kann, braucht sie freien Zugang zu den genetischen Ressourcen. Nachbaugebühren sind abzuschaffen, Patente auf Pflanzen und Tiere darf es nicht geben. Wir wollen eine naturnahe Lebensmittelerzeugung und keine industrielle Produktion in der Hand von Konzernen. Gentechnikfreiheit werden wir sichern und Laborfleisch nicht zulassen.

Wenn wir diese Forderungen unter einer Ampel durchsetzten, wären wir schon sehr, sehr viel weiter! Die Freude über die gute Initiative der Agrardialog-Partner sollte jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass zwischen einigen Beteiligten in wichtigen agrarpolitischen Fragen unüberbrückbare inhaltliche und strategische Gegensätze bestehen. Für die FREIEN BAUERN zum Beispiel ist es nicht möglich, sich auf pauschale Anschuldigungen gegen die Landwirtschaft etwa zu den Themen Klima, Tierhaltung, Düngung oder Pflanzenschutz auch nur dulgend einzulassen – gewissermaßen als Eintrittskarte für den Dialog mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen. Ebenso würden die FREIEN BAUERN niemals an einem als ökonomisch unsinnig oder fachlich falsch eingeschätzten Umbau der Landwirtschaft konstruktiv mitarbeiten, nur weil dieser durch entsprechende Förderprogramme attraktiv ausfinanziert ist. Neben der Unabhängigkeit ist für uns die Glaubwürdigkeit ein hohes Gut. Dem von einigen Beteiligten praktizierten „Schwimmen mit dem Strom“ mögen ehrenwerte Motive zugrunde liegen, solche gebeugte Haltung hat aus unserer Sicht aber verheerende Auswirkungen auf die Stimmung im Berufsstand, auf Durchhalten und Kampfmoral unserer Mitglieder und Hofnachfolger. Deshalb wird aus der Verbändegemeinschaft ganz sicher kein Gemeinschaftsverband, sondern die Stärke des Agrardialogs liegt in der inhaltlich begrenzten Zusammenarbeit, mit der wir künftig gezielt agrarpolitische Initiativen voranbringen können.

FREIE BAUERN kritisieren geplante Tierwohlsteuer als unfair und unsozial

(01.11.2021) Die FREIEN BAUERN haben an SPD, FDP und Grüne appelliert, die von der Borchert-Kommission vorgeschlagene Tierwohlsteuer nicht in einen Koalitionsvertrag aufzunehmen. „Auf die Verbraucherpreise geschlagene Abgaben sind unsozial, weil sie die Falschen belasten, Investitionsförderung für Stallbau ist unfair, weil dadurch kleine und mittlere Betriebe vom Markt gedrängt werden“, argumentiert Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN und fordert statt öffentlicher Programme rechtliche Rahmenbedingungen, unter denen in der Tierhaltung wieder Geld verdient werden kann.

„Es ist geradezu grotesk, dass Politiker festlegen wollen, wieviel Tierwohl sich die Gesellschaft angeblich wünscht, wo doch die Gesellschaft seit langem Möglichkeiten hat, mit entsprechenden Siegeln ausgestattete Produkte zu kaufen – und es offenbar nicht in ausreichendem Maße tut“, so Straller. Außerdem seien nicht in erster Linie die Verbraucherpreise zu niedrig, sondern die Margen der Schlacht- und Handelskonzerne zu hoch, meint der 57jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfelheim und verlangt von der Politik konsequentes Durchgreifen gegen die Macht der Monopole: „Tönnies und Aldi müssen entflochten werden in Unternehmen mit unterschiedlichen Eigentümern, und für jedes Schlachttier, das wir verladen, muss zuvor ein fester Preis vereinbart sein, damit die Betrügereien am Schlachtband aufhören.“

Sollte ein staatliches Programm einzelne Betriebe beim Neu- oder Umbau von Ställen nach Tierwohl-Kriterien unterstützen, so sehen die FREIEN BAUERN darin vor allem eine Wettbewerbsverzerrung zulasten derjenigen Betriebe, die bereits investiert haben oder den Eigenanteil nicht aufbringen können oder wollen. „Das heißt doch nur wieder das Höfesterben an und verschlechtert damit das Tierwohl“, gibt Straller



zu bedenken: „Entscheidend für das Wohlbefinden unserer Nutztiere sind erfahrungsgemäß nicht so sehr technische Standards, sondern viele bäuerliche Eigentümer, die sich verantwortlich um ihr Vieh kümmern.“ Auch für eine sichere Versorgung der Bevölkerung würden viele Betriebe gebraucht – die jüngst vom Bauernverband ins Spiel gebrachte Ausstiegsprämie für Schweinehalter lehnen die FREIEN BAUERN daher kategorisch ab.

Betriebe, die bereits investiert haben wie der von Georg Straller (auch Titelfoto) würden durch eine Tierwohlsteuer benachteiligt

FREIE BAUERN nach Greifswald-Urteil: Düngeverordnung auf den Prüfstand!

(06.11.2021) Die FREIEN BAUERN haben die gestrige Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Greifswald begrüßt, die Landesdüngeverordnung von Mecklenburg-Vorpommern für unwirksam zu erklären. „Dieses Urteil ist absolut nachvollziehbar und sollte ein Warnsignal für diejenigen Bundesländer sein, die ihre roten Gebiete lediglich aufgrund von Verdachtsmomenten ausgewiesen haben“, sagte Jens Soeken von der Landesvertretung Niedersachsen der FREIEN BAUERN. Ein derart schwer wiegender Eingriff müsse fachlich sauber begründet sein und betroffenen Betrieben auch die Möglichkeit eröffnen, sich durch den Nachweis einer bedarfsgerechten Düngung von den Auflagen zu befreien, so der 41jährige Landwirt aus dem ostfriesischen Timmel: „Die schludrige Ausweisung von roten Gebieten und pauschale Bestrafung der gesamten darin wirtschaftenden Landwirtschaft ist rechtlich nicht zu halten, das haben wir jetzt schwarz auf weiß.“

Nachdem auch die Europäische Kommission Zweifel an der Ausweisungspraxis geäußert hat – allerdings bezogen auf eine gegenüber den ursprünglichen Planungen geringere Ausdehnung der roten Gebiete – plädieren die FREIEN BAUERN nun für eine bundesweit einheitliche, auf wissenschaftlichen Kriterien beruhende Vorgehensweise. „Der erste Schritt muss die zügige Umsetzung des bereits beschlossenen engen Messnetzes sein mit technisch einwandfreien, von nichtlandwirtschaftlichen Quellen unbeeinflussten Brunnen sowie einer hydrogeologisch exakten Abgrenzung der Grundwasserkörper“, beschreibt Soeken die Anforderungen. In einem zweiten Schritt müssten nach Soekens Auffassung Standorte, die aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten über ein besonders hohes Denitrifikationspotenzial verfügen, ausgeschlossen werden. Drittens muss in Zweifelsfällen eine umweltforensische Untersuchung zur Pflicht werden, verlangt der Landwirt: „Sehr häufig lassen sich Grundwasserbelastungen über Begleitstoffe bestimmten Verursachern zuordnen. Wenn es tatsächlich die derzeit auf den Flächen betriebene Landwirtschaft ist, muss das natürlich konsequent abgestellt werden.“

Die FREIEN BAUERN beklagen seit langem, dass die bundesweite Düngeverordnung bäuerlichen Betriebe flächendeckend mit überwiegend sinnlosen Auflagen und hohen Kosten belastet, auch außerhalb der roten Gebiete. Jens Soeken hat deswegen für seinen Betrieb im Dezember 2020 Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingereicht.

Gewässerschutz und intensive Bewirtschaftung schließen sich nicht aus, wie hier auf dem Betrieb von Jens Soeken



FREIE BAUERN zu den Vorschlägen des Umweltbundesamtes: Raubbau besteuern statt natürliche Kreisläufe!

(12.11.2021) Die FREIEN BAUERN haben dafür plädiert, die Vorschläge des Umweltbundesamtes zum Abbau angeblich umweltschädlicher Subventionen differenziert zu betrachten: „Eine höhere Besteuerung fossiler Rohstoffe muss fair organisiert sein, ist aber grundsätzlich der richtige Weg hin zu nachhaltigem Wirtschaften“, sagte Bundessprecher Alfons Wolff. Völlig sinnfrei sei hingegen eine höhere Besteuerung landwirtschaftlicher Produkte, so der 61jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Die Menschen und Tiere, die wir ernähren, können ja nicht mehr CO₂ ausstoßen als die von uns dafür angebauten Pflanzen über Photosynthese wieder binden.“ Klimaschutz sollte realem Raubbau an fossilen Rohstoffen einen Riegel verschieben statt mit absurden Rechenspielchen natürliche Kreisläufe in Frage zu stellen.

Der vorgeschlagene Wegfall der Agrardiesel-Beihilfe könne nur ein mikroskopisch kleiner Beitrag zur Einsparung von fossilen Rohstoffen sein, stellt Wolff klar: „Einerseits gibt es zur Bodenbearbeitung mit dem Traktor keine Alternative, andererseits belasten deutlich nutzlosere Subventionen wie die Pendlerpauschale oder die Steuerbefreiung von Flugbenzin den Staatshaushalt um das Zehn- bis Zwanzigfache.“ Sollte eine neue Bundesregierung die Agrardiesel-Beihilfe ins Visier nehmen, müssten daher auch alle anderen Subventionen für fossile Energieträger fallen, verlangen die FREIEN BAUERN. Außerdem müssten parallel vergleichbare Vergünstigungen in der Europäischen Union abgebaut werden, so Wolff: „Bereits heute ist die deutsche Landwirtschaft benachteiligt, weil unsere Nachbarn ihre Traktoren mit steuerfreiem Heizöl betanken.“

Auf rigorose Ablehnung der FREIEN BAUERN trifft vor allem der Vorschlag, den Mehrwertsteuersatz für Fleisch, Milch und Eier anzuheben. „Das schadet den sozial Schwächeren und hat mit Klimaschutz rein gar nichts zu tun“, verweist Wolff auf die CO₂-Bindung der landwirtschaftlichen Nutzpflanzen. Selbst das angeblich so gefährliche Methan, das bei der Verdauung von Rindern entsteht, werde in der Atmosphäre zu CO₂ umgewandelt und unter Sonnenlicht in den Gräsern und Kräutern gespeichert, die wiederum der Kuh als Nahrung dienen. Wolff: „Wer sich auf eine solche Diskussion einlässt, muss irgendwann auch die Atmung der Menschen besteuern. Ich finde es erschreckend, welche Abgründe sich auftun, wenn die Klimadebatte ohne jeglichen naturwissenschaftlichen Verstand geführt wird.“

*Ende November kam die **Koalition aus SPD, FDP und Grünen** zustande mit ihren inhaltlichen Festlegungen und in der Folge ihren Personalentscheidungen. Wie zu erwarten spiegelt der Vertrag nicht oder nur in kleinen Teilbereichen unsere Forderungen wider, allerdings steht er ihnen auch nirgendwo ausdrücklich entgegen, was nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als dass in der Ampel-Koalition viele drängende agrarpolitische Entscheidungen nach wie vor beeinflusst werden können. Ein grün geführtes Agrarressort wird wie schon vor zwanzig Jahren mit einer strukturkonservativen Ministerialbürokratie zurecht kommen müssen – wenn die handelnden Personen diesmal klüger sind als damals und tatsächlich Veränderungen bewirken wollen, sollten sie unabhängiger landwirtschaftlicher Expertise eigentlich offen gegenüber stehen. Bei ersten Gesprächen im Dezember werden wir uns einen Eindruck verschaffen.*

FREIE BAUERN zum Koalitionsvertrag:

Vage Formulierungen, aber auch Chancen für den Berufsstand

(25.11.2021) Die FREIEN BAUERN haben sich zurückhaltend zum Koalitionsvertrag geäußert: „Sicher wäre wünschenswert gewesen, wenn die Vereinbarung ein klares Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb als der ökonomisch und ökologisch überlegenen Agrarstruktur enthalten hätte“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Ohne viele selbständige Landwirte, die mit eigener Hände Arbeit ihre eigenen Höfe bewirtschaften, führe die von der Ampel angestrebte Ökologisierung zu einer Extensivierung und Produktionsverlagerung nach Übersee, mahnt der 61jährige Ackerbauer aus Hohen-thurm in Sachsen-Anhalt: „Andererseits sehe ich die vielen vagen Formulierungen im Koalitionsvertrag als Chance, durch eine ehrliche und konstruktive Interessenvertretung in den kommenden vier Jahren Schlimmeres zu verhindern oder gar Gutes zu erreichen. Dass die Grünen die neue Gentechnik aus dem Papier herausgehalten und die Liberalen ein Bestandsmanagement für den Wolf hineinverhandelt haben, zeigt dass in dieser politischen Konstellation durchaus Ergebnisse zugunsten unseres Berufsstandes möglich sind.“

Kritisch sehen die FREIEN BAUERN die Absichtserklärung, ein finanzielles System zum Umbau der Tierhaltung einzuführen. „Staatlich geförderte Stallbauprogramme haben bisher immer Größenwachstum unterstützt und kleine Betriebe verdrängt“, warnt Wolff. Auch die geplante Verdreifachung der Ökoland-baufläche innerhalb von nur zehn Jahren hält er für problematisch: „Wenn der Markt diese Mengen nicht aufnimmt, werden unsere Ökobauern noch abhängiger von öffentlichen Geldern.“ Um die ökonomischen Bedingungen für eine regionale bäuerliche Landwirtschaft zu verbessern, sollte die nächste Bundesregie-rung statt dessen konkrete Maßnahmen gegen den Preisdruck durch Importe und Monopole ergreifen, die im Koalitionsvertrag bisher allerdings nur andeutungsweise enthalten sind, so der FREIE-BAUERN-Chef: „Die eigentliche berufspolitische Arbeit fängt jetzt erst an.“

FREIE BAUERN gratulieren künftigem Landwirtschaftsminister Cem Özdemir

(Schreiben vom 26.11.2021) Sehr geehrter Herr Özdemir,

wir gratulieren Ihnen sehr herzlich zu Ihrer bevorstehenden Ernennung zum Landwirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland und wünschen Ihnen für die verantwortungsvolle Aufgabe, dass es Ihnen gelingt, dieses Amt zum Wohle der Allgemeinheit auszuüben. Nach vier Jahren einer Agrarpolitik, die wir über weite Strecken als ausdrücklich gegen die deutsche Landwirtschaft gerichtet empfunden haben, wäre ein gesamtgesellschaftlicher Anspruch im Umgang mit denjenigen, die durch ihre Arbeit in der Natur die regionale Versorgung mit Lebensmitteln sicherstellen, schon sehr viel.

Erwarten Sie von uns bitte keine Vorschusslorbeeren, die sich auf Ihren Ruf als pragmatischer Realpolitiker beziehen. Genauso wenig werden Sie aber von uns das Gejammer hören, ein Fachfremder könne dieses Ressort nicht erfolgreich führen. Ihr Vorgänger Horst Seehofer war seinerzeit auch so ein Überraschungskandidat von außerhalb der Agrarpolitik und hat, im nachhinein betrachtet, nicht den schlechtesten Landwirtschaftsminister abgegeben. Entscheidend für gute Ergebnisse ist aus unserer Sicht eine offene Herangehensweise und die Bereitschaft, sich mit Realitäten und Argumenten auseinanderzusetzen. Wenn Sie diese mitbringen, werden wir Ihnen ein konstruktiver und verlässlicher Partner sein.

Die FREIEN BAUERN sind Teil der großen bäuerlichen Protestbewegung aus dem Herbst 2019, die sich jenseits der eingefahrenen berufspolitischen Strukturen Bahn gebrochen hat. Wir vertreten ausschließlich bäuerliche Familienbetriebe und agieren unabhängig von Parteien oder Industrie. Die beigefügten Rundbriefe bieten einen Überblick über unsere Arbeit in diesem Jahr. Gemeinsam mit anderen Organisationen haben wir zu Beginn der Koalitionsverhandlungen Forderungen an die neue Bundesregierung aufgestellt – auch wenn der Koalitionsvertrag vieles davon nur allgemein anreißt, sehen wir diese acht Punkte nach wie vor als zentrale Handlungsfelder, über die wir mit Ihnen ins Gespräch kommen möchten.

Sie müssen mit uns kein Schweineschnitzel essen. Aber wir würden Ihnen gerne erklären, warum eine vegetarische oder vegane Landwirtschaft nicht funktioniert bzw. Verschwendung natürlicher Ressourcen wäre. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Mit freundlichen Grüßen, Alfons Josef Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN

*Von der Politik zur politischen Ökonomie, und hier zunächst ein Rückblick: Die großen Bauernproteste vor den Zentrallägern des Lebensmitteleinzelhandels im vergangenen Winter haben zum **Agrardialog** geführt. Seit März verhandelten Vertreter von Aldi, Edeka, Lidl und Rewe mit Vertretern von LSV Deutschland, FREIE BAUERN, AbL, BDM, Milchboard und LSV Original. Auch der Deutsche Bauernverband war eingeladen, nahm seinen Platz jedoch nie ein. Im Lenkungsausschuss sowie in den drei Arbeitsgruppen des Agrardialogs zu den Themen Milch, Schwein und Herkunft arbeiteten unter anderem unsere Mitglieder Peter Guhl, Cord Meyer, Jann-Harro Petersen und Tilo von Donner an konkreten Strategien, um eine Verbesserung der Erlössituation für unsere Betriebe zu erreichen. Zahllose unbezahlte Stunden sind in dieses Projekt geflossen – Ergebnisse, welche die landwirtschaftlichen Einkommen deutlich verbessert hätten, waren zum Greifen nah ... als im September plötzlich verlangt wurde, die Arbeitsgruppen sollten in die vom Deutschen Bauernverband eingerichtete Koordinationszentrale Handel & Landwirtschaft überführt werden. Zunächst fühlten wir uns noch an das vorab vereinbarte Stillschweigen gebunden, aber als der Lebensmitteleinzelhandel offen auf diesen Kurs einschwenkte, kam es zur Auseinandersetzung.*

FREIE BAUERN versus Deutscher Bauernverband: Lebensmitteleinzelhandel muss sich entscheiden

Wo Netto draufsteht ist Edeka drin:
Die vier großen Supermarkt-Ketten
kontrollieren mehr als 70 Prozent des
Lebensmitteleinzelhandels in Deutsch-
land und geben das Preisniveau vor.

(18.09.2021) Die FREIEN BAUERN haben dem Deutschen Bauernverband vorgeworfen, mit dem geplanten Aufbau der Koordinationszentrale Handel & Landwirtschaft den für bessere Preise kämpfenden Bauern in den Rücken zu fallen. „Seit den großen Protesten vor den Zentrallägern des Lebensmitteleinzelhandels im letzten Winter verhandeln Aldi, Edeka, Lidl und Rewe unter anderem mit uns, dem



LSV Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem Bundesverband deutscher Milchviehhalter, dem Milchboard und dem LSV Original im so genannten Agrardialog“, berichtet Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Gemeinsam haben wir nach Möglichkeiten gesucht, die Stellung der heimischen Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu verbessern – zuletzt mit vielversprechenden Ergebnissen.“ Durch Eingliederung des Agrardialogs in die Koordinationszentrale solle dieser fortschrittliche Ansatz jetzt den Interessen der großen Verarbeiter nach billigem Rohstoff untergeordnet werden, kritisiert Wolff: „Der Lebensmitteleinzelhandel muss entscheiden, ob er sich als Partner der heimischen Landwirtschaft sieht oder als Teil eines global organisierten Agrobusiness, das die Bauern maximal ausbeutet und dadurch für das dramatische Höfesterben mit verantwortlich ist.“

Teile des Lebensmitteleinzelhandels seien durchaus daran interessiert, mehr Verantwortung in der Wertschöpfungskette zu übernehmen, schätzt Wolff die aktuelle Lage ein. Im Agrardialog sei beispielsweise über die Entwicklung zusätzlicher Absatzwege gesprochen worden, bei denen die Supermarkt-Ketten in Deutschland produzierte Ware zu mindestens kostendeckenden Preisen direkt beim Erzeuger oder bei Erzeugergemeinschaften einkaufen, im Rahmen so genannter Dreiecksverträge im Auftrag verarbeiten lassen und als fair gehandelte Produkte aus heimischer Landwirtschaft in die Regale bringen. „Dieses Modell hat deshalb enormes Potenzial, weil sich Verbraucher dann bewusst für regionale Lebensmittel entscheiden könnten und die Nachfrage im Supermarkt sich unmittelbar auf das Einkommen der Bauern auswirken würde“, argumentiert Wolff und vermutet, dass der mit der Ernährungsindustrie eng verflochtene Bauernverband es genau deshalb untergraben möchte. Schon der Begriff Koordinationszentrale sei aus seiner Sicht verräterisch: „In einer funktionierenden Marktwirtschaft muss überhaupt nichts koordiniert werden. Es geht bei dieser neuen, mit hochdotierten Posten für Funktionäre ausgestatteten Organisation ausschließlich um die Aufrechterhaltung von Machtstrukturen, und zwar zulasten unserer bäuerlichen Betriebe.“

FREIE BAUERN klagen an: Handel lässt Dialog über bessere Preise scheitern

(06.10.2021) Die FREIEN BAUERN haben den Rückzug des Lebensmitteleinzelhandels aus dem Agrardialog als „feige Flucht vor der Verantwortung“ bezeichnet. „Nach acht Monaten konstruktiver Zusammenarbeit und Ergebnissen, die die Stellung der heimischen Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette deutlich verbessert hätten, scheuen die Konzerne die praktische Umsetzung der Vorschläge“, bedauert Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, der in der Arbeitsgruppe Milch am Agrardialog mitgewirkt hat. Indem die großen Handelsketten die Weiterführung dieser Arbeit jetzt in die Hände des mit der Ernährungsindustrie eng verflochtenen Bauernverbandes legen, sei die Hoffnung auf eine angemessene Bezahlung landwirtschaftlicher Produkte zur Illusion geworden, kritisiert der 56jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „In der neuen Koordinationszentrale Handel & Landwirtschaft sitzen die Ausbeuter und Monopolisten unter sich.“

Nach den massiven Bauernprotesten des letzten Winters hatte sich der Lebensmitteleinzelhandel auf Gespräche mit den dahinter stehenden Organisationen eingelassen, unter anderem LSV Deutschland, FREIE BAUERN, AbL, BDM, Milchboard und LSV Original. In diesem so genannten Agrardialog wurden alternative Absatzmechanismen entwickelt, wodurch der landwirtschaftlichen Anteil am Produktpreis gestiegen wäre, verbunden mit einem Marketing, das die Nachfrage nach Agrarprodukten deutscher Herkunft erhöht hätte. „Wenn die Händler jetzt heucheln, dieses Konzept lasse sich auch über die Koordinationszentrale voranbringen, so verkennen sie dabei das Grundinteresse der Verarbeiter an billigem Rohstoff“, begründet Guhl seine Ablehnung, sich einer vom Bauernverband dominierten Struktur unterzuordnen: „Das Ringen um bessere Erzeugerpreise muss weitergehen – wenn nicht mit, dann künftig wieder gegen den Einzelhandel.“

FREIE BAUERN für Entflechtungsgesetz: Monopole zerstören Wettbewerb und gefährden Versorgung

(08.10.2021) Die FREIEN BAUERN haben SPD, FDP und Grüne dazu aufgefordert, im angestrebten Koalitionsvertrag ein Entflechtungsgesetz zu vereinbaren und damit marktbeherrschende Konzerne zu zerschlagen. „Dieses vor elf Jahren vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle angeschobene Projekt muss endlich verwirklicht werden im Interesse eines funktionierenden Wettbewerbs und der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Monopolartige Strukturen in den vor- und nachgelagerten Bereichen würden die Landwirtschaft maximal ausbeuten, kritisiert der 61jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Mit dem Entflechtungsgesetz könnte das Kartellamt die Konzerne zwingen, sich in unterschiedliche Eigentümer aufzuteilen oder Teile an neue Eigentümer zu veräußern, die in Konkurrenz zueinander stehen.“

Als Beleg für die untragbaren Zustände führt Wolff die Explosion der Preise für mineralischen Stickstoffdünger in den vergangenen Wochen an: „Als sich abzeichnete, dass die Getreidepreise über die Ernte hinaus stabil bleiben, haben die wenigen großen Hersteller ihre Produktion deutlich gedrosselt – mit der Folge, dass die nach drei schweren Jahren erstmals wieder guten Erlöse aus dem Ackerbau gleich von doppelt so hohen Düngerkosten aufgefressen werden.“ Sollte die derzeit extrem knappe Verfügbarkeit von Handelsdünger anhalten, könne dies im Frühjahr zur Unterversorgung der Pflanzen und im Herbst zu einem Mangel an Brotgetreide führen, befürchtet der FREIEN BAUERN-Chef: „Die Traamtänzer, die Nitrat als Gift verteufeln, werden sich wundern, was passiert, wenn wir plötzlich zu wenig davon haben.“

Arroganz der Macht wirft Wolff auch den vier großen Konzernen des Lebensmitteleinzelhandels vor, die sich angesichts der Demonstrationen des vergangenen Winters erst zum Dialog mit der bäuerlichen Protestbewegung bereit erklärten, um diesen jetzt – nach acht Monaten konstruktiver Verhandlungen mit erfolgversprechenden Ergebnissen – ohne Begründung abubrechen: „Nach wie vor verstehen sich die Supermarkt-Ketten offensichtlich nicht als Partner der heimischen Landwirtschaft, sondern als Teil des internationalen Agrobusiness.“ Auch der permanente Preisdruck auf bäuerliche Betriebe könne die Versorgungssicherheit gefährden, warnt Wolff vor einem Rückgang der inländischen Erzeugung: „Ein echter Markt, wo Angebot und Nachfrage den Preis regeln, lässt sich nur durch konsequente Maßnahmen gegen die Monopole wieder herstellen, und dafür brauchen wir das Entflechtungsgesetz.“

So einfach wollten wir den Handel allerdings nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Auf eine Initiative von Jan-Bernd Stolle hin riefen LSV Deutschland und FREIE BAUERN für den 18. November zu einer Demonstration vor dem Edeka-Zentrallager im niedersächsischen Wiefelstede auf (weshalb sich unsere anderen Agrardialog-Partner vornehm zurückhielten, ist bis heute unbekannt). Zwei Wochen hielten Landwirte aus der Region, darunter viele FREIE-BAUERN-Mitglieder den Protest aufrecht trotz widriger Bedingungen (der regionale Bauernverband distanzierte sich von der Aktion, weil diese die Anwohner stören könnte), dann erklärte sich das Management des Lebensmittel-Riesen zu einem Gespräch in Wiefelstede bereit. Im kalten Zelt wurde immerhin ein Fenster aufgemacht, um doch noch zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen im Agrardialog ohne Koordinationszentrale zu kommen, und Besuch von der SPD-Landtagsfraktion am warmen Feuer der Mahnwache zeigte, dass über die Aktion hinaus politischer Handlungsbedarf gesehen wird.



LSV und FREIE BAUERN vor Edeka: Bis Weihnachten Dreiecksverträge!

(18.11.2021) LSV Deutschland und die FREIEN BAUERN haben den Lebensmitteleinzelhandel ultimativ aufgefordert, den Agrardialog wieder aufzunehmen und bis Weihnachten mit konkreten Ergebnissen abzuschließen. „Vielen Betrieben geht sonst die Luft aus – die uns in Aussicht gestellten Dreiecksverträge mit Handel und Verarbeitern zu mindestens kostendeckenden Preisen müssen ab 1. Januar 2022 in Kraft sein“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN heute auf einer Demonstration von über 200 Landwirten vor dem Edeka-Zentrallager im niedersächsischen Wiefelstede. Während die großen Handelsketten Millionengewinne einfahren, würden immer mehr Bauern ihre Betriebe aufgeben, kritisiert der 56jährige Milchviehhalter aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern: „Dass Edeka, Aldi, Lidl und Rewe erst acht Monate lang intensiv und konstruktiv mit uns über kostendeckende Preise verhandeln, um sich auf der Zielgeraden plötzlich in eine bequeme Kungelrunde mit Bauernverband und Ernährungsindustrie zu verabschieden, ist ein Schlag ins Gesicht aller fleissigen und ehrlichen Landwirte. Gegen dieses Kartell der Monopolisten wehren wir uns, Wiefelstede ist erst der Anfang.“

„Wir waren in unserer Arbeitsgruppe Schwein schon soweit, dass der Einzelhandel die Tiere direkt bei bäuerlichen Erzeugergemeinschaften einkauft – zu einem vorab vereinbarten Preis oberhalb der per Index festgestellten durchschnittlichen Produktionskosten“, berichtet Cord Meyer von den FREIEN BAUERN Niedersachsen aus den Verhandlungen im Agrardialog: „Die Schweine sollten dann im Auftrag geschlachtet und verarbeitet und als fair gehandelte Ware aus heimischer Landwirtschaft in die Regale gebracht werden.“ Der neue Absatzweg war zunächst nur für Tresenfleisch und verpacktes Fleisch gedacht und sollte in einem zweiten Schritt auf Wurstprodukte ausgedehnt werden, erläutert der 56jährige Schweinemäster aus Böttersen das Konzept: „Durch die breite Nachfrage hätten die Erzeugerpreise für den Convenience- und Gastronomiebereich nachgezogen.“ Dass dieses Modell nun nicht weiter verfolgt werde, bedeute für die krisengeschüttelten Schweinehalter weiter schwere wirtschaftliche Verluste, warnt Meyer und sieht die Politik in der Verantwortung, Rahmenbedingungen für funktionierende Märkte zu schaffen.

Peter Guhl hat die FREIEN BAUERN in der Arbeitsgruppe Milch des Agrardialogs vertreten, Cord Meyer in der Arbeitsgruppe Schwein. Beide waren nach Wiefelstede gereist, um mit Spitzenmanagern der Edeka-Gruppe zu diskutieren. Diese hatten die Einladung jedoch ohne Begründung ausgeschlagen und damit ihr Desinteresse am Schicksal der Bauernfamilien mehr als deutlich bekundet.

FREIE BAUERN in Wiefelstede: Geld auf die Höfe und fairer Wettbewerb!

(03.12.2021) Der Handelsverband Lebensmittel wird kurzfristig versuchen, die im September abgebrochenen Gespräche zwischen Lebensmitteleinzelhandel und protestierenden Landwirten wieder in Gang zu bringen – das haben Vertreter von LSV Deutschland und FREIEN BAUERN gestern bei einem Treffen vor dem Edeka-Zentrallager Wiefelstede vereinbart, an dem unter anderem Edeka-Spitzenmanager Gottfried von Laue teilnahm. Unterstützt wird das Bemühen um bessere Erzeugerpreise von der niedersächsischen SPD-Landtagsabgeordneten Karin Logemann, die am selben Abend die Mahnwache in Wiefelstede besuchte und mit den Bauern darüber diskutierte, durch welche politischen Entscheidungen die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette verbessert werden kann.

„Durch unsere Vereinbarung gibt es jetzt wieder eine echte Chance, die Arbeitsgruppen des Agrardialogs in erweiterter Besetzung fortzuführen und damit bei den Themen Herkunftskennzeichnung und Dreiecksverträge inhaltlich weiter zu kommen“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN nach dem fast sechsstündigen Meinungsaustausch auf dem Edeka-Gelände: „Die Arbeitsgruppen sollten jetzt zügig tagen und ihre bereits detailliert entwickelten Konzepte soweit vervollständigen, dass wir im Januar 2022 Nägel mit Köpfen machen können. Für den Verbraucher muss am Lebensmittel auf den



ersten Blick erkennbar sein, aus welchem Land die landwirtschaftlichen Rohstoffe stammen. Und bei Milch und Fleisch brauchen wir endlich direkte Verträge unter Einbeziehung der Verarbeiter, die uns Landwirten eine verlässliche ökonomische Perspektive bieten.“

Für das Gespräch mit Vertretern von LSV Deutschland und FREIEN BAUERN wurde von Edeka ein Zelt aufgebaut

Von links nach rechts: Jann-Harro Petersen, Karin Logemann sowie Lars Kaper und Frauke Bielefeld (auch am Agardialog beteiligt)

„Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sind mit Herkunftskennzeichnung, Lieferbeziehungen und Kartellrecht eine ganze Reihe wichtiger Anknüpfungspunkte enthalten, mit denen wir die Rahmenbedingungen für den Absatz unserer Produkte positiv beeinflussen können“, fasste Jann-Harro Petersen, Ansprechpartner der FREIEN BAUERN aus Schleswig-Holstein, die Ergebnisse des Gesprächs mit Karin



Logemann zusammen: „Wir waren uns einig, dass funktionierende Märkte allen Beteiligten eine ausreichende Entlohnung für ihre Arbeit ermöglichen müssen. Sollte über die angestrebten Vereinbarungen mit dem Lebensmitteleinzelhandel nicht schnell Geld auf die Höfe kommen, brauchen wir dringend gesetzliche Regelungen zur Wiederherstellung eines fairen Wettbewerbs.“

FREIE BAUERN Niedersachsen skeptisch gegenüber Gesellschaftsvertrag

(30.11.2021) Die FREIEN BAUERN Niedersachsen haben sich skeptisch zum Vorhaben des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums geäußert, im Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen einen so genannten Gesellschaftsvertrag über die Zukunft von Landwirtschaft und Ernährung zu erarbeiten. „Gesellschaftsverträge erheben bereits per Definition einen viel zu hohen Anspruch, welcher durch die dabei ausgehandelten Minimalkonsense regelmäßig nicht erreicht wird“, argumentiert Fokko Schumann, Landessprecher der FREIEN BAUERN, in einem Schreiben an Ministerin Barbara Otte-Kinast. Statt „von externen Beratungsfirmen moderierter Wohlfühlrunden“ empfiehlt der 40jährige Nebenerwerbslandwirt aus dem ostfriesischen Berumbur den „konstruktiven agrarpolitischen Streit über konkrete Inhalte“. Um die derzeit schwache Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu verbessern bestehe erheblicher Handlungsbedarf, schreibt Schumann und wünscht sich von der Ministerin Unterstützung gegen die Übermacht der großen Konzerne. Konkret fordern die FREIEN BAUERN eine transparente Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel, gleiche soziale und ökologische Standards bei Agrarimporten, faire Lieferverträge mit Vorab-Vereinbarung von Menge und Preis, Regelungen gegen den Einkauf unterhalb der Produktionskosten sowie ein Entflechtungsgesetz.

FREIE BAUERN Brandenburg für Ortsansässigkeit im gesetzlichen Leitbild

In der Diskussion um das agrarstrukturelle Leitbild, das in Brandenburg zur Grundlage eines Agrarstrukturgesetzes werden soll, hat der Bauernbund Brandenburg, Landesgruppe der FREIEN BAUERN, immer die Privilegierung ortsansässiger selbständiger Landwirte gefordert, also natürlicher Personen, unabhängig davon, ob sie Inhaber eines Einzelunternehmens sind, Partner einer Personengesellschaft oder in verantwortlicher Position tätiger Anteilseigner einer juristischen Person. Und immer wieder kam von Seiten des Ministeriums der Einwand, eine Verankerung der Ortsansässigkeit im Leitbild sei nicht vereinbar mit

dem Europarecht. Nach einem ergebnislosen Verbändegespräch im Ministerium wollte unsere Referentin Frieda Simon es genau wissen und erfragte schriftlich die Gründe. Die Antwort konnte sie nicht zufrieden stellen – nachfolgend ihre Reaktion darauf, womit der Einwand wohl widerlegt sein dürfte:

Leider ist (...) nicht ersichtlich, wieso eine Verankerung der Ortsansässigkeit im Leitbild gegen die Niederlassungsfreiheit verstoßen würde. Sie erwähnten, der EuGH habe entschieden, „dass es gegen die Niederlassungsfreiheit verstoßen würde, wenn eine grundstücksverkehrsrechtliche Genehmigung daran geknüpft ist, dass der Erwerber seinen Wohnsitz auf oder nahe dem erworbenen Grundstück hat oder alsbald begründet.“ Ich dachte, ein Leitbild soll zukünftig Privilegien schaffen und die in dem Leitbild gewünschten Personen bevorzugen. So wie ich es herauslese, bezieht sich das Urteil des EuGH aber auf eine Wohnsitzpflicht und die daraus resultierende Unvereinbarkeit mit dem freien Kapitalverkehr. Das trifft in unserem Fall nicht zu, da es beim Leitbild um Privilegien und nicht um Pflichten geht. Jeder kann ortsansässig werden, muss es aber nicht. Somit kann in dem Fall, dass ein ortsansässiger Landwirt sein Privileg nicht in Anspruch nimmt, eine nicht ortsansässige Person das Land trotzdem kaufen. Auch was die Wettbewerbsfreiheit und indirekte Diskriminierung anbelangt, trifft es in unserem Fall auf keinen Verstoß, da ortsansässige Landwirte zwar bevorzugt werden, aber nicht ortsansässige Personen vom Kauf nicht ausgeschlossen sind. In der Mitteilung der Kommission steht: „Ein Wohnsitzerfordernis läuft letzten Endes immer auf eine indirekte Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit hinaus. Der EuGH hat entschieden, dass nationale Rechtsvorschriften, die eine Unterscheidung aufgrund des Kriteriums des Wohnsitzes treffen, indem sie Gebietsfremden bestimmte Steuervergünstigungen verweigern, die sie Gebietsansässigen gewähren, sich hauptsächlich zum Nachteil der Angehörigen anderer Mitgliedstaaten auswirken, da Gebietsfremde meist Ausländer sind.“ In unserem Fall handelt es sich (...) wenn dann nur um eine Inländerdiskriminierung, da in der Praxis nicht ortsansässige Personen, die in Brandenburg Land erwerben, fast ausschließlich aus Deutschland kommen, was einfach zu beweisen ist. Der Anteil der Erwerber, der aus dem europäischen Ausland kommt, ist verschwindend gering und somit irrelevant. Hier bezieht sich der EuGH auf Verkäufe, die über die Staatsgrenzen hinaus gehen, und die damit einhergehende Diskriminierung und nicht auf solche, die im Inland geschehen.

Bei einem Besuch der agrarpolitischen Sprecherin der grünen Landtagsfraktion Isabell Hiekel auf dem Hof von Reinhard Jung in Lennewitz konnte Frieda Simon diesen wichtigen Aspekt verdeutlichen. Wenn ein Agrarstrukturgesetz trotz Widerstandes des Bauernverbandes und der SPD-Fraktion eine Chance haben soll, müsse die Kontroverse öffentlich ausgefochten werden, betonten Simon und Jung gegenüber der Parlamentarierin und empfahlen, das Leitbild von allen agrarpolitischen Mainstream-Themen zu entschlacken und auf den agrarstrukturellen Kern zu konzentrieren: Wem soll in Zukunft das Land gehören?

FREIE BAUERN Brandenburg: Zwischen den Schauern von Hof zu Hof

(08.11.2021) Glück mit dem launigen Herbstwetter hatte am Sonntag der Bauernbund Brandenburg, der sein traditionelles Herbsttreffen diesmal in der Prignitz veranstaltete. Mehr als 80 Landwirte aus dem ganzen Land trafen sich zunächst auf dem Hof von Hans-Ulrich Toppel im Ortskern von Sarnow. Der moderne Ackerbaubetrieb baut auf rund 560 Hektar Weizen, Roggen, Gerste, Raps, Silomais und Stärkekartoffeln an. Bewundert wurde unter anderem der Neubau einer geräumigen Getreidelagerhalle mit Solardach, worin ein großer Teil der Ernte noch auf die Vermarktung wartet, während sich auf dem Betriebshof Kartoffelberge für die Weiterverarbeitung in Kyritz türmten. Nach einer ausführlichen Kaffeepause bei Toppels ging es durch heftige Regenschauer weiter zum in der Feldmark von Kuhbier gelege-

nen Hof von Dirk Zellmer. Auf den bewirtschafteten 720 Hektar wird ebenfalls überwiegend Ackerbau betrieben mit Weizen, Roggen, Gerste, Raps sowie mit Mais, von dem noch große Bestände verblieben waren, weil sie als Körnermais gedroschen werden sollen. Pünktlich zum Weidespaziergang brach dann die Sonne durch die Wolken und beleuchtete malerisch eine Herde aus 110 Mutterkühen, die am Hofgelände auf Dauergrünland und Zwischenfrüchten weideten. „Immer dann, wenn die Ernte durch und die neuen Saaten in der Erde sind, treffen wir uns auf zwei schönen Betrieben, um uns auszutauschen und unsere politischen Strategien zu besprechen“, freute sich Bauernbund-Präsident Marco Hintze aus dem havelländischen Krielow über die gelungene Veranstaltung und dankte den Familien Toppel und Zellmer für ihre Gastfreundschaft. Das Herbsttreffen klang aus im Sarnower Gasthaus „Landgourmet“ bei Prignitzer Spezialitäten. Reinhard Jung berichtete über die aktuelle Arbeit des Bauernbundes Brandenburg sowie der aus dem Bauernbund entstandenen Dachorganisation FREIE BAUERN, die mit inzwischen 1.360 Mitgliedern die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe in ganz Deutschland vertritt.



Sonnige Aussichten auf der Hausweide von Familie Zellmer in Kuhbier

Einstweilige Verfügung FREIE BAUERN gegen Friedrich Ostendorff MdB

(05.10.2021) Der scheidende Bundestagsabgeordnete der Grünen Friedrich Ostendorff hat den FREIEN BAUERN in der Bauernverbandspresse unterstellt, sie würden eine Radikalisierung der Interessenvertretung betreiben, und in diesem Zusammenhang behauptet, Teile der FREIEN BAUERN würden „bewusst die Nähe zur AfD suchen.“ Dagegen haben wir jetzt beim Amtsgericht Halle (Saale) eine Einstweilige Verfügung erwirkt: Ostendorff darf die Behauptung – unter Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten – nicht wiederholen. Endlich haben wir mal einen von diesen Verleumdern juristisch rangekriegt.

Der wiedergewählte Bundestagsabgeordnete der CSU Artur Auernhammer hatte im April diesen Jahres die Teilnehmer der Berliner Demo – also auch die FREIEN BAUERN – als „linke Parteimitglieder, AfD-Sympathisanten und Querdenker“ bezeichnet und ihnen vorgeworfen, den Berufsstand zu spalten und zu radikalisieren. Dagegen konnten wir damals leider nicht vorgehen, weil wir nicht direkt angesprochen und damit nicht direkt geschädigt waren.

Wir möchten nochmal unmissverständlich klarstellen, dass wir die Nähe keiner Partei suchen, sondern dass wir als Interessenvertretung unsere Aufgabe darin sehen, allen Parteien die Positionen unseres Berufsstandes nahezubringen. Eine solche unabhängige Interessenvertretung nur für die bäuerliche Landwirtschaft hat es lange nicht gegeben ... wir freuen uns auf eine (weiterhin) gute Zusammenarbeit mit allen Politikerinnen und Politikern, die genau das zu schätzen wissen.

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, z. Hd. Antje Bree, Mehrower Dorfstraße 17, 16356 Ahrensfelde OT Mehrow.

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: